

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 31. Jan. Der Prinz von Wales wird am 7. Februar seine Reise nach dem Orient antreten, und über Wien, woselbst er sich einen bis zwei Tage aufhalten wird, nach Triest gehen, um sich an Bord des „Osborne“ zu begeben.

Paris, 31. Jan., Nachm. Eine hier eingetroffene Depesche aus Konstantinopel vom gestrigen Tage meldet, daß ein türkisches Geschwader nächstens nach den Gewässern von Antivari gehen werde, und daß diese Absendung als eine Vorsichtsmaßregel zu betrachten sei.

Petersburg, 31. Jan. Ein kaiserl. Befehl vom 16. (28.) d. M. verordnet die Veröffentlichung des Budgets für 1862, und steht dessen Publikation nahe bevor.

St. Petersburg, 31. Jan. Die „Nordische Post“ (Svernaia Posta), das Organ des Ministeriums des Innern, constatirt, daß vielseitige Unzufriedenheit, Besorgnis und Ungehebel herrsche. Zwei in's Leben getretene große Reformen seien die Ursache: die Emancipation der Bauern und die Veränderung des Creditwesens. Der Adel sei namentlich unzufrieden wegen der unpünktlichen Zahlungsleistungen der Bauern. Die Regierung habe für dieselbe begünstigt und werde dort halten. Eine Uebergangs-Periode fordere Zeit. Der Adel aber müsse den festen Entschluß fassen, sich der neuen Lage anzunehmen und der Regierung hilfreiche Hand zu leisten. Die Lösung liege in der Beendigung der Emancipation und in der Ausdehnung der Theilnahme, welche der Bevölkerung in der Administration gewährt werden solle. Von dem Adel hängt es ab, dies Streben der Regierung zu erleichtern oder aufzuhalten.

Brüssel, 31. Jan. Die „Independance belge“ meldet aus Paris von gestern: Nach einer sehr lange währenden Ministerathssitzung habe Herr Thouvenel fortan einen Courier nach Rom abgeschickt. Die Situation des Marquis v. Lavalette dort sei unendlich geworden.

Preußen.

Berlin, 31. Jan. [Amtlich.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem königl. sächsischen Maj. v. Meßner vom 4. Jägerbataillon und dem königl. sächsischen Rittmeister v. Wolfersdorff vom 3. Reiter-Regiment den königl. Kronen-Orden resp. dritter und vierter Klasse; und dem Hofapotheker Hofrath Dr. Wittstock den Charakter als Geh. Hofrath zu verleihen; sowie den bisherigen Erzpriester, fürstbischöflichen Commissarius Gleich zu Oppeln zum Domkapitular an der Kathedrale zu Breslau zu ernennen. Dem Custos an der Universitäts-Bibliothek zu Berlin, Dr. W. Kerner; sowie dem Bildhauer C. Müller hier selbst und dem Lehrer an der hiesigen akademischen Kunst- und Gewerkschule, Maler W. Schüge, ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden. Der Thierarzt erster Klasse C. F. Schirlich zu Torgau ist zum Kreisveterinär in dem Bezirk Zeitz, Weißenfels und Naumburg ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Behrendt zu Berlin, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Wasaordens zu erteilen. (St.-M.)

Academie der Wissenschaften. Am 30. Januar hielt die königl. Academie der Wissenschaften ihre dem Gedächtniß Friedrichs des Zweiten gewidmete öffentliche Sitzung, die von dem an diesem Tage vorstehenden Sekretär, Herrn Haupt, mit einem Vortrage über die Geschichte des großen Königs eröffnet ward. Hierauf gab im Namen des Kuratoriums der Humboldt-Stiftung, der Sekretär der Academie, Herr Trendelenburg, nach § 34 der landesherrlich bestätigten Statuten über den Stand dieser Stiftung Nachricht. Im Jahre 1862 kommt zum erstenmal der § 9 der Statuten, der die Einkünfte des vorhergehenden Jahres, auf 50 Thlr. abgerundet, als veränderbar für das laufende Jahr bestimmt, zur Anwendung. Diese Zinsen betragen, so weit sie bereits fällig geworden, abgerundet 1550 Thlr.; ein Theil der vorjährigen Zinsen gelangt mit 239 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. erst zum 1. April d. J. zur Hebung und kann daher noch nicht eingerechnet werden. Nach Deduction der 1550 Thlr. beträgt das Kapital der Humboldt-Stiftung 39,900 Thlr. in preuß. Staatspapieren und außerdem 26 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. baar. Die Academie der Wissenschaften, der die Wahl des Unternehmers zusteht, wird zu erwägen haben, inwiefern es möglich sein wird, für die Summe von 1550 Thlr. bereits ein Unternehmen im Geiste Alexander von Humboldt's auszurüsten, oder ob es nöthig sein wird, noch den Hinzutritt der nächsten Jahreserträge abzuwarten. Die während der Verwaltung des Kuratoriums seit April v. J. eingegangenen, zum Kapital geschlagenen Beiträge, in Summa 901 Thlr. 20 Sgr. wurden erwähnt und schließlich wurde der Prinz-Genial, Herzog Albert von Sachsen-Coburg, dankbar gedacht, der namentlich als Präsident der britischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in der Versammlung zu Aberdeen der Stiftung thätige Theilnahme gewährt hatte. — Die Sitzung schloß Herr Parthey mit einem Vortrage über das Orakel und die Dase des Jupiter Ammon.

K. C. Berlin, 31. Jan. [Vom Landtage.] Das Herrenhaus hält morgen um 1 Uhr Sitzung zur Verabreichung des Commissionsberichts über die Novelle zum Gesetz vom 3. Septbr. 1814. — In der Commission des Herrenhauses zur Verabreichung der Kreis-Ordnung ist Graf von Arnim-Boitzenburg Vorsitzender, Graf zu Solms-Baruth Stellvertreter, Groddeck Schriftführer, Piper Stellvertreter. — In der Commission desselben Hauses zur Verabreichung der Gesetzesentwürfe wegen der Verantwortlichkeit der Minister und der Abänderung der Artikel 49 und 61 der Verfassung ist Dr. Simons Vorsitzender, Dr. Büggemann Stellvertreter, v. Rabenau Schriftführer, Graf York von Wartenburg Stellvertreter des Schriftführers.

Bei Besprechung der Regierungs-Vorlage wegen der Ober-Rechnungskammer wurde an dieser Stelle bemerkt, eine Beilegung der Landesvertretung an den Geschäften der Ober-Rechnungskammer durch eine ständige Commission, wie sie früher von v. Bodum-Dolffs angeregt worden, sei in dem Entwurf des Ministeriums nicht in Aussicht genommen. Der Abg. v. Bodum-Dolffs hat nun seinen Plan vom vorigen Jahre wieder aufgenommen und eine Reihe von Abänderungs-Vorschlägen zu dem betreffenden Gesetz-Entwurf gestellt, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Zu § 11 des Entwurfs, der von den Staats-Überschreitungen handelt, soll als Zusatz gefügt werden: „Extraordinäre Ausgaben, für welche der Staatshaushalt-Stat keine Deckungsmittel enthält, sollen vermieden werden. Sind dieselben dennoch zur Abwehr eines Nothstandes oder unaufschiebbaren Erfüllung rechtlich bestehender Verpflichtungen des Staates erforderlich gewesen, so hat die Oberrechnungskammer darüber zu wachen, daß dazu die nachträgliche Genehmigung des Landtages bei seinem nächsten Zusammentritt vom Staatsministerium nachgefordert wird.“ Zu § 19: „Die Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer (für den Landtag) müssen ergeben u. s. w.“ soll geest werden: „4) (müssen ergeben) den Hinweis auf alle diejenigen Fälle, in welchen bei der Verwaltung des Staatsvermögens die Verfassung, die Gesetze oder die noch bestehenden Verordnungen verletzt, unrichtig ausgelegt oder falsch angewendet sind; 5) die Angabe derjenigen extraordinären Ausgaben, zu welchen die Genehmigung des Landtages noch beizubringen ist; 6) die Bezeichnung derjenigen Fälle, in welchen der Erlass eines Gesetzes etwa unterlassen oder verweigert worden.“ — Acht neue Paragraphen am Schluß des Gesetzes sollen bestimmen: „Behufs der Vorbereitung der Beschlußnahme des Landtages in Sachen der Ober-Rechnungskammer, wird eine Commission, bestehend aus 6 Mitgliedern“ jedes Hauses beim Beginn einer jeden Legislatur-Periode auf 3 Jahre gewählt. Dieselben werden von den resp. Präsidenten, in öffentl. Sitzung, unter Einwirkung auf den von ihnen als Mitglied des Landtages geleisteten Eid auf die Erfüllung ihrer besonderen Obliegenheiten verpflichtet.“ Diese Revisions-Commission wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter; sie beschließt mit Stimmenmehrheit: Zu einem Beschluß ist die Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern, mit Einfluß des Vorsitzenden oder Stellvertreters erforderlich. „Dem Vorsitzenden der Commission wird die allgemeine Rech-

nung über den Staatshaushalt des vorletzten Jahres mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer spätestens im Monat Septbr. vom dem Staats-Ministerium übergeben, worauf derselbe den Zusammentritt der Comm. am Orte des Sitzes der Ober-Rechnungskammer sofort veranlaßt.“ Die Comm. hat sich der Prüfung der allgemeinen Rechnung und der Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zu befleißigen, jedoch mit Ausschluß der nach dem Gesetze vom 24. Febr. 1850 einer besonderen Prüfung unterliegenden Rechnungen der Staats-Schuldenverwaltung ungesäumt zu unterziehen u. ihren Bericht darüber dem nächsten Landtage vorzulegen.“ Der Vorsitzende kann die Gegenwart eines (vom Präsidenten der Ober-Rechnungskammer zu ernennenden) Mitgliedes der Ober-Rechnungskammer bei den Beratungen der Commissionen zur Auskunftsertheilung verlangen. „Die Ober-Rechnungskammer ist verpflichtet, der Revisions-Commission jede von derselben verlangte Auskunft über die von ihr festgestellten Rechnungen zu erteilen, so wie sämtliche Specialrechnungen, Beläge und Akten, deren Einsicht verlangt wird, vorzulegen, auch, wenn dieselben der betreffenden Behörde schon wieder zurückgegeben sein sollten, sie abermals einzufordern und zu überreichen.“ — Es ist klar, daß diese Vorschläge die Regierungs-Vorlage über die Ober-Rechnungskammer ihrem innersten Wesen nach umgestalten, indem sie einmal die Controle der Ober-Rechnungskammer bei Staatsüberschreitungen schärfen und ferner durch Einsetzung einer Revisions-Commission die Landesvertretung zur unmittelbaren Theilnahme an der Controle des gesammten Staatshaushalts berufen.

Bei Verabreichung des Gesetzesentwurfs über die „Anlagebefugniß des Verlehten im Strafsverfahren“ sind in der Justiz-Commission eine Reihe von Anträgen gestellt, welche, im Anschluß an die beschlossenen Beschlüsse des deutschen Juristentages, die volle Freiheit jener Anlagebefugniß bezwecken. Zur Vorberathung dieser Anträge, namentlich in Bezug auf die Frage, ob sie sich ohne Codification des ganzen Strafsverfahrens durchführen lassen, hat die Commission eine Subcommission von drei Mitgliedern (Kraß, v. Könne, Waldeck) eingesetzt.

Im Herrenhause hält die Commission für die Begeordnung am Montag ihre erste Sitzung.

Köln, 30. Jan. [Schurz.] Der bisherige nordamerikanische Gesandte am Hofe zu Madrid, Karl Schurz, (bekanntlich der Helfer G. Kinkels bei seiner Flucht aus Spandau) ist heute, auf der Rückreise nach Amerika begriffen, hier durchgereist.

Deutschland.

Stuttgart, 29. Jan. [Wahlen. — Confiscation.] Nach den über die Resultate des ersten Wahltages bereits eingelaufenen Nachrichten ist die Wahl der Führer der Oppositionspartei, der bisherigen Abgeordneten Römer, Hölder, Schott, Ködinger und Mohl, vollkommen gesichert. Vollenbet sind die Wahlen bereits in den Städten Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Heilbronn, Ulm, Reutlingen, Göttingen und Biberach. Mit Ausnahme von Ellwangen hat hier überall die liberale Partei gesiegt. In Stuttgart ist Reuscher, in Tübingen der Ober-Tribunalrath Weber, in Ulm Rechtskonsulent Schall gewählt, in Biberach ist der bisherige Abgeordnete Probst bei ungewöhnlich zahlreicher Theilnehmung (von 682 Wahlmännern haben 612 gewählt) einstimmig gewählt worden. Im Oberamtsbezirk Blaubeuren ist Dr. v. Steinbeis, Direktor der Centralstelle für Gewerbe und Handel, in Schorndorf der ehemalige Minister Duvernoy, in Geislingen Römer gewählt. Die Wahl Reuscher's hat ein glänzendes Resultat ergeben. Von 607 Wählern haben 603 für ihn gestimmt. — Die Nummer 22 des „Beobachters“ wurde gestern wegen eines Artikels, welcher den Regierungseinfluß auf die Wahlen besprach, auf Befehl des Ministers v. Linden durch den Stadtdirektor v. Maier confiscirt, und heute ist auch die Nummer 23 in Beschlag genommen worden.

Karlsruhe, 30. Jan. [Zollverein.] Die „Karlsruh. Z.“ bringt heute den vollständigen Wortlaut der Antwort, welche der badische Finanzminister Bogemann auf die Interpellation des Abg. Antes wegen Erneuerung des Zollvereins ertheilt hat. Derselbe lautet: „Die großherzogliche Regierung hat aus ähnlichen Erwägungen, wie sie der Frage des Herrn Abg. Antes vorangestellt sind, dabei aber durchdrungen von der Wichtigkeit der Fortdauer des Vereins, die gleiche Frage an sich selbst gestellt, und zwar schon vor dem Zusammentritt der Stände. Sie ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine möglichst frühzeitige Eröffnung der Verhandlungen über die Fortdauer des Vereins bei den betreffenden Staaten, zunächst bei der preussischen Regierung in Anregung gebracht werden soll. Wenn sie demnachgeachtet unterlassen hat, Schritte in dieser Beziehung zu thun, so geschah es nur deshalb, weil Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Frankreich in Bezug auf den Abschluß eines Handels-Vertrages im Gange waren, deren Ergebnis die Regierung abwarten wollte, weil diese sofort eine Zusammenberufung der General-Conferenz zur Folge gehabt haben würde und welche General-Conferenz die nächste Gelegenheit geboten hätte, die vorliegende Frage in Anregung zu bringen. Die Regierung wird übrigens nicht unterlassen, namentlich geeignete Schritte in dieser Hinsicht zu thun, zumal da ihr nicht bekannt ist, daß von irgend einer andern Seite her die Frage schon in Anregung gebracht worden wäre.“ — Nach einer heutigen Correspondenz der „Karlsruher Zeitung“ ist der badische Bundesgesandte Geh. Rath v. Mohl der Verfasser der Denkschrift über die kurhessische Verfassung. Das genannte Blatt trägt daran die folgende Bemerkung: „Ein anderer Bundesgesandter, Herr v. Linde war jüngst in Wien. Ob man dort seinen Rath in der deutschen Frage erbeten hat? In diesem Falle hätte man sich schwerlich an die beste Adresse gewendet.“

Wiesbaden, 28. Jan. [Die Handschellen.] Auf eine von dem Hofgericht verlangte Rechtfertigung, weshalb Dr. Löwenthal bei seiner neulichen Vorführung Handschellen angelegt worden seien, hat sich die betreffende Justizbehörde auf eine durch das mehrfach vorgenommene Ausweichen der Vorgeführten veranlaßte, „allgemeine Maßregel“ bezogen. Das Hofgericht hat diese Maßregel mißbilligt und die Anwendung derselben nur ganz ausnahmsweise und in besonders dazu geeigneten Fällen gutgeheißen.

Hannover, 29. Jan. [Aus der Ständeverammlung.] Die heute in der zweiten Kammer vorgenommenen Commissionenwahlen legten deutlich die Absicht an den Tag, auch diesmal die Opposition von der Theilnahme an den Ausschüssen vollständig auszuschließen. Keinem einzigen Mitgliede der linken Seite des Hauses wird in irgend einer der Commissionen ein Platz eingeräumt. In den Reactions-Ausschüssen, der die ständischen Schreiben an den König und das Ministerium zu redigiren hat, ist bezeichnend genug der Polizeidirektor Wermuth gewählt. Man will wissen, daß Schagrath v. Bothmer die Wahl Göttingens zur zweiten Kammer angenommen habe. Die Opposition würde durch diesen eben so talentvollen als charakterfesten Mann eine wesentliche Kräftigung erhalten.

Italien.

Rom, 25. Jan. [Demonstration. — Einweihung der Eisenbahn.] Zwar nicht zehntausend, wie gewisse telegraphische Depeschen berichten, aber doch immerhin viele dreifarbig gefahnen und andere damit gleichbedeutende Abzeichen fanden sich bei Petri Stuhlfeier Morgens wie auch in den nachfolgenden Tagen da und dort heimlich ausgebreitet, auf der einen Seite mit den Worten: „Viva Vittorio Emanuele primo Re d'Italia“, auf der Rehrseite: „Viva Pio IX. Papa e non Re“. Die Urheber des Aergernisses sind zu einmonatlicher Haft verurtheilt, unter ihnen mehrere aus gutten Familien. Doch die polizeiwidrige Stimmung macht selbst bei

den Winterfremden Propaganda. Die englischen Damen, zumal die jüngeren, tragen im Theater, auf Spaziergängen wie in Soirées ihre Sympathien gern zur Schau; dreifarbig gefahnen an Hüften und Blonden, dreifarbig gefahnen, rothe Chemisen und dergleichen wurden nie so viel gesehen, wie jetzt. — Der heilige Vater mußte einige Tage die gewohnten Spazierfahrten unterlassen, da ein starker Blutandrang zum Kopfe Vorsicht rath; die Aerzte wurden zu außerordentlicher Stunde gerufen. Doch schon gestern war es besser. Befindet er sich ganz wohl, so will er die Eröffnung der nun fertigen Eisenbahn nach Ceperano übermorgen durch einen feierlichen Gottesdienst inauguriren; auch der König von Neapel wird zugegen sein. Bis Ostern soll die jenseit der Grenze noch fehlende Strecke nördlich von Fondi ausgebaut sein, so daß wir dann in sechs Stunden und mit einem beschleunigten Zug innerhalb vier Stunden nach Neapel fahren werden. Der heilige Vater wollte etwa fünfshundert ihm während der letzten Monate vom Auslande eingelangte kostbare Geschenke zum Besten der Fonds des Peterspfennigs öffentlich verkaufen lassen. Doch ist nun nachträglich eine Lotterie, die am 6. Dez. d. J. gezogen wird, statt des Verkaufs beliebt worden. Aber Lotterien und Kollekten können unseren finanziellen Fall nicht verhindern. (R. 3)

Frankreich.

Paris, 29. Jan. [Zurückweisung einer Verdächtigung.] Unter den dem Parlamente vorgelegten Actenstücken findet sich noch folgende ältere Note Thouvenel's an den Grafen Raynesal in Turin: Paris, 26. Juni 1861.

Mein Herr! Das Gerücht ist verbreitet, die kaiserliche Regierung suche die Abtretung der Insel Sardinien zu erlangen. Ich habe daher unserm Consul in Cagliari Befehl erteilen zu müssen geglaubt, jede Gelegenheit zu ergreifen, um diese Behauptung für grundlos zu erklären. Anbei erhalten Sie in Abschrift die Depesche, die ich in dieser Hinsicht Herrn Crose schreibe; Sie können in geeigneten Fällen davon Gebrauch machen. Thouvenel.

In der Beilage zu obiger Depesche vom 26. Juni lautet die betreffende Stelle:

Mein Herr! Sie werden das Gerücht vernommen haben, daß über die Absicht der kaiserlichen Regierung verbreitet wurde, als suche sie die Abtretung Sardinien's zu erlangen, und worin man so weit geht, zu behaupten, daß französische Agenten die Insel durchzögen, um die Bevölkerung auf ihren Anschluß an Frankreich vorzubereiten. Sie wissen, daß diese Conjecturen keinen Grund haben, und daß wir nie die geringste Veranlassung gegeben haben, um uns einen solchen Plan zutrauen zu können. Wir müssen daher entschieden so bestimmende Behauptungen in Abrede stellen, welche darauf abzielen, unsere Redlichkeit zu verdächtigen.

Paris, 29. Jan. Die „Patrie“ hält ihre Behauptungen Betreffs der Kandidatur des Erzherzogs Maximilian auf die mexikanische Krone aufrecht. Ihr zufolge haben die Wiener die von ihr gegebene Nachricht nur falsch verstanden. Alle ihre Berichte aus Mexiko bringen, wie sie sagt, die Meldung, daß die dortigen Bevölkerungen die Errichtung einer Monarchie wollen. Wenn die Wahl derselben, fährt das genannte Blatt fort, auf den Erzherzog fällt, so wird Europa dieses mit Vergnügen sehen; diese Wahl wird aber für Oesterreich keineswegs die Aufgabe eines Theiles seiner Besitzungen bedingen. Man hofft aber, daß zur Zeit der Regulirung der mexikanischen Angelegenheiten die italienische Frage von ihrer schwierigsten Seite in Angriff genommen, und Oesterreich vollständig zufriedenstellende Territorialentschädigung angeboten werden könne. Vor einigen Monaten hielt man eine solche Combination für unmöglich, heute haben sich die Verhältnisse aber besser gestaltet, und man hofft, daß man bis zum Frühjahr ernstliche Unterhandlungen beginnen kann. Wenn die Unterhandlungen ein Resultat liefern, so wird man ein für alle Theile ehrenhaftes Abkommen zu Stande bringen, das Italien unabhängig und selbst die Lage des Papstthums sicher stellen würde. (R. 3.)

Der „Moniteur“ freut sich, registriren zu können, daß die kaiserl. Thronrede, welche mit außerordentlicher Schnelligkeit in 30 Minuten mittelfst vier Drähten und vier Apparaten nach London befördert worden, von den dortigen Zeitungen einstimmig im Friedenssinne verstanden und gedeutet wird, und daß „Times“, „Morning Post“ u. d. v. Sr. Majestät ausgesprochenen Ansichten vollkommen billigen.

Aus Toulon, Brest und Cherbourg wird gemeldet, daß die Truppen der mexikanischen Expedition heute, morgen und übermorgen nach Vera-Cruz abgehen.

Nach dem „Echo du Nord“ waren am 12. Dez. zu Linselles zur Anhörung eines Testaments 22 Personen, die zu einer Familie gehörten, versammelt. Bei Unterzeichnung des Protokolls stellte sich heraus, daß von allen 22 nur Einer seinen Namen zu unterzeichnen vermochte. Es wirft dieser von der Presse offen eingestandene Mangel an den allgewöhnlichsten Schulkenntnissen in Frankreich jedenfalls auf die Bedeutung des viel gepriesenen suffrage universel ein eigenthümliches Licht.

Belgien.

Brüssel, 29. Jan. [Aus der Kammer. — Seutin +.] Das Haus der Abgeordneten hat gestern das Kriegsbudget genehmigt. Nicht weniger als vierzehn Mitglieder, unter denen der erste Vice-Präsident, stimmten dagegen; drei enthielten sich der Abstimmung. Die Bedeutung dieser Minorität ist um so einleuchtender, als die Ausgaben für Armee und Landesvertheidigung nicht unter die sogenannten politischen Budgets gehören und ohne alle Parteirücksichten darüber abgestimmt wird. — Heute hat die Kammer mit einer sehr lebhaften Sitzung die allgemeine Diskussion des Budgets des Innern eröffnet. Die Debatte drehte sich ausschließlich um die durch Herrn Rogier und seinen Nachfolger Herrn Bandenpeereboom vorgenommenen Ernennungen von Bürgermeistern und Schöffen. Die Clericalen beklagten sich bitter darüber, daß bei Besetzung dieser Aemter der Parteigeist allein vorgewaltet habe, worauf die ministerielle Majorität erwidern durfte: „tout comme chez vous; als Ihr am Ruder waret, wurden nur clericale Bürgermeister ernannt.“ Das war all' der langen Reden kurzer Sinn. — Die Arzneykunde hat einen schweren Verlust in der Person des Barons Dr. Seutin zu beklagen, der nach mehrmonatlicher schwerer Krankheit im 68. Lebensjahre heute Früh verschieden ist. Herr Seutin, gleichzeitig ein Hauptführer der liberalen Partei im Senate, hat sich als Chirurg eine weit über Europa's Grenzen hinausreichende Berühmtheit durch die Erfindung des heute allgemein angewandten Stief-Verbandes (bandage amidonné) verschafft, welcher gar vielen Tausenden von Arm- und Beinbrüchigen wieder zu gesunden Gliedern verholpen hat. Baron Seutin, eine der populärsten belgischen Persönlichkeiten, war lange Jahre hinhin Generalarzt der belgischen Armee. Belgien verliert in ihm seinen berühmtesten Operateur. Nicht das kleinste Lob des Verstorbenen ist es, daß

